

Radhika Desai

**Geopolitische Ökonomie  
Die Nachfolgerin von US-amerikanischer Hegemonie,  
Globalisierung und Imperialismus**



Radhika Desai

# **Geopolitische Ökonomie**

Die Nachfolgerin von US-amerikanischer Hegemonie,  
Globalisierung und Imperialismus

Aus dem Englischen übersetzt von Ina Batzke.

 **Mangroven**  
ERLAG

Geopolitical Economy: After US Hegemony, Globalization and Empire.  
Copyright © Radhika Desai 2013  
First published by Pluto Press, London  
[www.plutobooks.com](http://www.plutobooks.com)

© Mangroven Verlag Kassel  
Radhika Desai: Geopolitische Ökonomie. Die Nachfolgerin von  
US-amerikanischer Hegemonie, Globalisierung und Imperialismus  
Lektorat: Hans-Jürgen Stottko  
Übersetzung: Dr. Ina Batzke  
Umschlag: Niki Bong  
Druck: CPI buchbücher.de GmbH  
[www.mangroven-verlag.de](http://www.mangroven-verlag.de)  
[info@mangroven-verlag.de](mailto:info@mangroven-verlag.de)  
ISBN: 9783946946113

# Inhalt

- 1 Einleitung: Warum Geopolitische Ökonomie? | 7
  - 2 Die grundlegende Bedeutung von Nationalstaaten | 43
  - 3 Die imperialistische Karriere der USA | 90
  - 4 Ambition und Realität | 127
  - 5 Ein Rückblick auf die Hegemonietheorie | 170
  - 6 Erneuerung? | 209
  - 7 Globalisierung? | 254
  - 8 Imperialismus? | 306
  - 9 Fazit: Der multipolare Moment | 354
- Danksagung | 379
- Abkürzungen | 383
- Literatur | 387



# 1

## Einleitung: Warum Geopolitische Ökonomie?

Die Eule der Minerva beginnt, wie Hegel einmal bemerkte, ihren Flug erst in der Abenddämmerung. Wissen entsteht aus der Reflexion nach dem Tumult des Tages. Diese düstere Einsicht mag manchem zu weit gehen, sie trifft aber sicherlich auf die Entstehung der multipolaren Weltordnung zu, die von einflussreichen Akteuren erstmals nach der Finanzkrise von 2008 und der großen Rezession ausgerufen wurde: So sprach zum Beispiel der amerikanische Präsident der Weltbank von „einer neuen, sich rasch entwickelnden multipolaren Weltwirtschaft“ (World Bank, 2010). Der international agierende Finanzinvestor George Soros stimmte dem zu und sagte voraus, dass „es weniger wahrscheinlich ist, dass die gegenwärtige Finanzkrise in eine weltweite Rezession mündet, als dass sich die Weltwirtschaft radikal neu ausrichtet – mit einem relativen Niedergang der USA und dem Aufstieg Chinas und anderer sogenannter Schwellen- und Entwicklungsländer“ (2008). Die multipolare Weltordnung war jedoch viel länger im Entstehen. Entwicklungen in dieser Größenordnung finden selbst in einer Krise nicht einfach über Nacht statt (wenn auch, wie wir noch sehen werden, die aufkommende Multipolarität ein entscheidender Faktor für ihre Entstehung war), und dies hat wichtige Auswirkungen auf das vorherrschende Verständnis der kapitalistischen Weltordnung.

In jüngsten Berichten wurde oftmals die wirtschaftliche Einheit dieser Weltordnung betont: Globalisierung begreift die Welt als allein durch Märkte einheitlich gemachte, während der Begriff des Empire von der Vorstellung ausgeht, dass die Welt vom weltweit mächtigsten – ‚hegemonialen‘ oder ‚imperialen‘ (die Begriffe sind austauschbar) – Staat einheitlich gemacht wird. Diese Erklärungen gehen außerdem davon aus, dass die Nationalstaaten entweder für die Erklärung der Weltordnung nicht relevant sind (Globalisie-

rung) oder nur ein Staat, nämlich die Vereinigten Staaten von Amerika (Empire). Wir können diese Ansichten als kosmopolitisch bezeichnen, ein Begriff, den das Oxford English Dictionary mit „nicht auf ein einzelnes Land oder seine Einwohner beschränkt“ bzw. „frei von nationalen Beschränkungen oder Bindungen“ definiert. Keiner dieser Ansätze aber kann die multipolare Welt erklären, die vielmehr darauf zurückzuführen ist, dass Nationalstaaten eine große und offen anerkannte wirtschaftliche Rolle dabei spielen, das Wachstum der aufstrebenden Volkswirtschaften, vor allem Chinas, zu fördern, die Weltwirtschaft in Bewegung zu bringen und die Bedeutung der Vereinigten Staaten zu unterminieren. All dies deutet darauf hin, dass die kosmopolitischen Auffassungen nicht nur veraltet sind, sondern nie richtig waren.

Staaten spielten darüber hinaus nicht nur in aufstrebenden Volkswirtschaften eine wichtige wirtschaftliche Rolle. Die einflussreiche *Financial Times* verkündete zum Beispiel, dass „der Staat zurück ist“ („The State ... is back“, Wolf, 2009), als dieser nach drei Jahrzehnten – in denen anti-staatliche und marktwirtschaftliche Ideologien (Neoliberalismus, Globalisierung und Empire) dominiert hatten – auf Krisen plötzlich wieder mit Rettungsaktionen und Steueranreizen reagierte. Trotz dieser Ideologien aber war der Staat in der Realität nie verschwunden und die Volkswirtschaften der Welt behielten ihre nationale Unverwechselbarkeit, wie es die Krise in der Eurozone so deutlich unterstreicht. Selbst in den anglo-amerikanischen Hochburgen dieser Ideologien spielte der Staat weiterhin eine wichtige ökonomische Rolle, nur eher einseitig zugunsten der Vermögenden.

Da die Anerkennung von Multipolarität immer mehr Weisheiten erschüttert, mehr und mehr den gängigen Lehrmeinungen widerspricht, versucht der Ansatz der „Geopolitischen Ökonomie“ mit drei Hauptargumenten ein genaueres Verständnis der Situation zu erreichen.

Das erste und grundlegende Argument besteht auf der grundlegenden Rolle der Nationalstaaten. Es betrachtet die kapitalistische Weltordnung und ihre historische Entwicklung als das Produkt der Interaktion – konfliktbehaftete, konkurrierender oder kooperativer Art – mehrerer Nationalstaaten. Diese Wechselwirkung wird bestimmt von den wirtschaftlichen Funktionen, die jeder Staat hat im Umgang mit dem Kapitalismus und seinen Krisentendenzen, die umso stärker anwachsen, je weiter sich der Kapitalismus entwickelt – vor allem einer Beschränkung der Nachfrage und daraus resultierendem Kapitalüberschuss. Diese ökonomische Funktion beinhaltet sowohl wirtschaftliches Handeln im



Inland als auch ein internationales Engagement. Daraus ergibt sich, dass der Ansatz der geopolitischen Ökonomie der kapitalistischen Weltordnung sich nicht nur auf die Quellen der klassischen politischen Ökonomie bis hin zu und einschließlich Karl Marx und Friedrich Engels stützt, sondern auch auf die klassischen Imperialismustheorien, auf die spätere Kritik der neoklassischen Ökonomie – wie die von John Maynard Keynes und Karl Polanyi – und auf Literatur über den Entwicklungsstand und die Wirtschaftsgeschichte, wie zum Beispiel die Arbeiten von Robert Brenner. Darin wird internationale Interaktion im Sinne der Dialektik verstanden, die von den Bolschewiki als ungleichmäßige und kombinierte Entwicklung („uneven and combined development“ [UCD]) bezeichnet wurde. Einerseits bemühen sich die dominierenden Staaten darum, bestehende ungleiche Konfigurationen der kapitalistischen Entwicklung zu erhalten, die für sie günstig sind, unter anderem durch formelle und informelle Formen von Imperialismus. Andererseits beschleunigen Herausfordererstaaten (die von Kees van der Pijl treffend als „contender states“ bezeichnet werden, 2006b) kapitalistische und in einigen Fällen, wie etwa früher in der Sowjetunion, kommunistische Entwicklungen, um imperialen Projekten der dominierenden Staaten entgegenzutreten. Eine solche „Treibhaus“-Entwicklung wird als kombinierte Entwicklung bezeichnet, weil sie mehrere Stufen in kürzeren und intensiveren Schüben miteinander verbindet oder komprimiert. Trotz der wirtschaftlichen, geopolitischen, militärischen und ideologischen Macht, die von den herrschenden Staaten ausgeübt wurde, hat diese Tendenz in der UCD bislang dominiert – manchmal gegen große Widersprüche und mit scheinbar endlosen Verzögerungen. Diese politökonomische Dialektik, und nicht der ausschließlich ökonomisch verstandene Markt oder der Kapitalismus, ist ursächlich für die Produktionsleistung verantwortlich, die sich immer mehr über die ganze Welt ausbreitet. Zu Beginn des 21. Jahrhunderts bildete sich in dieser dialektischen Bewegung die multipolare Welt, in der es so viele Volkswirtschaften gibt und von der jede für sich genommen so wesentlich ist, dass niemand sich die Hoffnung machen kann, sie alle zu beherrschen

Der letzte Punkt ist von entscheidender Bedeutung: Die gegenwärtige Krise markiert das Ende einer langen Phase in der Geschichte der kapitalistischen Weltordnung und des Imperialismus, die durch die tatsächliche oder erstrebte Dominanz einzelner Mächte gekennzeichnet war. In dieser Phase hatten kosmopolitische Auffassungen von der kapitalistischen Weltordnung als einer einheitlichen Weltwirtschaft, in der die meisten Staaten keine wirt-

schaftliche Rolle spielten, entscheidende ideologische Zwecke. Entweder verstellten sie den Blick auf die Rolle der imperialen Staaten oder sie verschleierten diese Vorgänge als wohlwollend „hegemonial“. Weiterhin verhinderten sie, soweit wie möglich, ein Verständnis der wirtschaftlichen Rolle der Herausfordererstaaten. Die Idee des Freihandels im 19. Jahrhundert, unter der die imperialen Ambitionen Großbritanniens vorangetrieben wurden, war die erste einer Reihe solcher Ideologien. Es folgten die „Hegemoniale Stabilitätstheorie“ („hegemonic stability theory“, HST) des 20. Jahrhunderts und in jüngerer Zeit die viel kurzlebigeren Ideologien der Globalisierung und des Empire, in denen es immer um das Streben der USA nach der Weltherrschaft geht. Doch diese Ideologien blieben ebenso wie die imperialen Projekte, die sie zum Gegenstand hatten, zu keiner Zeit unangefochten. Dieses Buch baut auf den oben genannten abweichenden Traditionen auf.

Das zweite Argument ist, dass die Weltdominanz des ersten kapitalistischen Industriestaats, des britischen Imperiums, unvermeidlich sowie unwiederholbar war. Die weitere Entfaltung der ungleichen und kombinierten Entwicklung, mit der die Herausfordererstaaten die Vorherrschaft Großbritanniens unterminierten, sorgte gleichzeitig dafür, dass eine solche Dominanz nicht mehr möglich war. Die Versuche der USA am Anfang des 20. Jahrhunderts, das britische Imperium zu kopieren, mussten daher schnell zurückgenommen werden: Da die USA ein territoriales Imperium vermeiden wollten, beschränkten sie sich darauf, den Dollar zur Weltwährung und New York zum Finanzzentrum der Welt zu machen. Aber selbst in dieser bescheidenen Form sollten die imperialen Anstrengungen der Vereinigten Staaten letztlich scheitern. Daher ist die weit verbreitete Vorstellung, dass die USA hegemonial waren (oder sind), einfach falsch. Richtig ist, dass die USA zur Verfolgung ihrer imperialen Ziele eine Reihe von Maßnahmen ergriffen, die sich indes als instabil und untauglich erwiesen. Diese äußerst schädlichen militärischen und wirtschaftlichen Aktionen wurden von Generationen kritischer und progressiver Autor<sup>1</sup> zu Recht und unbeirrt aufgedeckt. Dieses Buch entkräftet somit Argumente, die diese Aktionen der USA als den Preis für die Vorteile der US-amerikanischen „Hegemonie“ ansehen, noch deutlicher als je zuvor.

1 Im Interesse einer besseren Lesbarkeit dieser deutschen Übersetzung wird nicht ausdrücklich in geschlechtsspezifischen Personenbezeichnungen differenziert. Die gewählte männliche Form schließt eine adäquate weibliche Form gleichberechtigt ein.

In der Tat wurzelten Vorstellungen über die US-amerikanische Hegemonie – also die Ansammlung von Theorien, die normalerweise unter dem Schlagwort der HST zusammengefasst werden – in wenig mehr als den nachahmenden imperialen Bestrebungen der Vereinigten Staaten. Die HST entstand in den 1970er Jahren, nachdem der vielversprechendste Versuch der USA, ihre Bestrebungen zu verwirklichen – die Einführung eines goldgestützten Dollars als Ankerwährung der Welt in Bretton Woods – bereits gescheitert war. In allen Versionen der HST werden die USA aufgrund der Rolle des Dollars als Weltwährung rückwirkend als Hegemonialmacht der Nachkriegszeit beschrieben und diese Zuschreibung wird mit der angeblich überwältigenden wirtschaftlichen und finanziellen Dominanz der Vereinigten Staaten nach dem Zweiten Weltkrieg erklärt. Diese Dominanz wurde jedoch nur durch den Krieg erzeugt und sollte sich als vorübergehend erweisen. International waren die Vereinigten Staaten nur einer, wenn auch der größte unter einer wachsenden Zahl von Staaten, die eine kombinierte Entwicklung stärker als je zuvor verfolgten. Von innen gesehen war die US-amerikanische Wirtschaft jedoch eine nationale und keine imperiale. Unter diesen Umständen konnten selbst die abgeschwächten Versuche der USA, die Dominanz des Vereinigten Königreichs im 19. Jahrhundert zu imitieren, einer solchen Alleinherrschaft nur noch ein seltsames Nachleben ermöglichen.

Schließlich verfolgt dieses Buch die krisengeschüttelte Karriere des Dollars als Weltwährung, um ein drittes signifikantes Argument aufzuzeigen: dass die Globalisierung in den 90er Jahren und das Empire in den 2000ern Ideologien der beiden jüngsten Versuche der USA waren, ihre Rolle zu bewahren – und somit keine genuinen Theorien. Die Bedeutung des Dollars als Weltwährung war von Anfang an problembehaftet und seine größer werdenden Probleme führten im Jahr 1971 zur Schließung des Goldfensters. Danach war der Dollar zwar weiterhin die Währung der Welt, aber er plagte sie zunehmend mit finanziellen Problemen. Da er permanent im Wert schwankte, wurde seine Fähigkeit (von der Eignung ganz zu schweigen), diese Rolle zu behalten, regelmäßig infrage gestellt. Als Versuche, die Rolle des Dollars in der Welt aufrechtzuerhalten, beruhten die Globalisierung und das Empire auf dem enormen Anstieg der weltweiten in Dollar abgewickelten Finanzströme. Die Ursache dafür war die sogenannte Finanzialisierung („financialization“). Durch diese floss Geld in den US-Aktienmarkt, als der damalige US-Notenbankchef (1987–2006) Alan Greenspan Illusionen über die „New Economy“ und das „verborgene

Produktivitätswunder“ nährte. Und es floss in den aufgeblähten Markt für hypothekenbesicherte US-Wertpapiere, als Greenspan und sein Nachfolger Ben Bernanke neue Illusionen über die Entwicklung der Immobilienpreise und die gerechtfertigten Kapitalflüsse in die Vereinigten Staaten unter George W. Bush nährten. Die Finanzkrise, in der Letzteres kulminierte, ermöglichte den US-Regierungen bis heute keine praktikablen Lösungen zur Stabilisierung des Dollars in seiner Funktion als Weltwährung. Es wurden Regelungen für einen Ersatz des Dollars im internationalen Zahlungsverkehr vorgeschlagen und sogar getroffen – von der erweiterten Rolle der Sonderziehungsrechte (SZR) über Tausch- und Swap-Vereinbarungen für die Handelsfinanzierung bis hin zu regionalen Institutionen für das Pooling von Reserven. Während es immer noch schwierig ist, genau zu sagen, wie lange der Dollar seine bereits geringere Funktion, die durch die Krise in der Euro-Zone verstärkt wurde, noch ausfüllen können, liegt sein Schicksal nun in den Händen von Kräften, die von den USA nicht mehr kontrolliert werden können.

Wie Bild 1.1. zeigt, können diese drei Argumente absteigender Allgemeingültigkeit ineinander gesetzt werden wie eine russische Matrjoschka-Puppe.

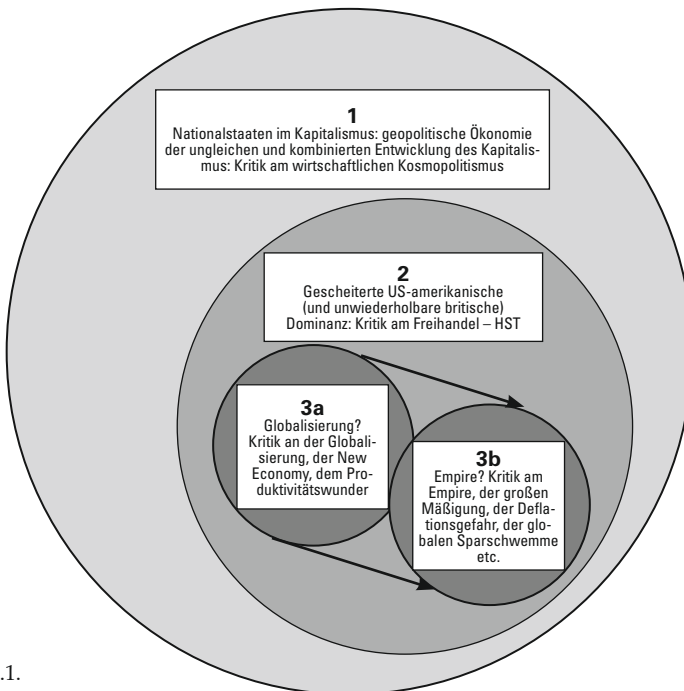


Bild 1.1.

Im restlichen Teil dieser Einführung verfolge ich meinen Weg hin zur geopolitischen Ökonomie und diskutiere dann, warum diese in der gegenwärtigen Konjunktur politisch notwendig ist. Am Ende skizziere ich den Aufbau des Buches und erkläre, wie in den folgenden Kapiteln die drei Argumente verbunden werden und wie sie miteinander verflochten sind

## **Der Weg zur Geopolitischen Ökonomie**

Dieses Buches zu verfassen war eine lange intellektuelle Reise. Erst am Ende hat sich der Ausdruck „Geopolitische Ökonomie“ als treffende Bezeichnung meines Ansatzes angeboten. Daher stellt der Titel nicht nur ein Maß für die Dauer dieser Reise dar, sondern er markiert auch die intellektuelle Distanz, die zwischen dem Endprodukt und den fünf intellektuellen Gedankenressourcen besteht, aus denen sich das Projekt ursprünglich entwickelte.

Während meiner Schulzeit in Indien führten mich Lehrbücher einiger der wichtigsten kritischen Historiker und Ökonomen des Landes in die progressiven anti-imperialistischen bzw. nationalistischen Perspektiven der wirtschaftlichen Probleme und Perspektiven Indiens ein. An meiner Graduiertenschule in Kanada ermöglichte mir ein historischer und materialistischer Ansatz zur Politik und zur vergleichenden politischen Ökonomie, Volkswirtschaften als historisch voneinander getrennte Konfigurationen von Kapital, Arbeit und vorkapitalistischen Klassen zu verstehen. Auf diesen Konfigurationen beruhten Staaten, die wiederum Volkswirtschaften mehr oder weniger effektiv mittels unterschiedlicher Institutionen und Praktiken steuerten und regulierten, während sich der Kapitalismus sukzessive in einem Land nach dem anderen ausbreitete, zuerst in Europa und dann darüber hinaus. Es wird leicht vergessen, wie verbreitet diese Ansicht bis in die 1980er Jahre hinein war. Erst danach kam der Zeitpunkt, dass diese Abfolge von anti-staatlichen, freien Marktideologien und von Neoliberalismus-, Globalisierungs- und Empiretheorien angegriffen wurde. Fast alles davor Dagewesene wurde weggefegt und nur ich blieb eine von wenigen Ausnahmen. Meine frühen Arbeiten über den Neoliberalismus schwammen gegen den Strom der meisten Schriften, da ich selbst den Neoliberalismus kritisch betrachtete, um seine intellektuellen Defizite und die politischen Schwierigkeiten bei der Umsetzung hervorzuheben (Desai, 1994b). Ich stellte mit Befriedigung fest, dass, als die neoliberalen

Politik nicht lieferte und die neoliberale Ideologie nicht überzeugte, Zugeständnisse in Bezug auf die notwendige wirtschaftliche Rolle des Staates von wichtigen Institutionen wie der Weltbank (1990) gemacht wurden.

Anstatt eines natürlichen Todes zu sterben, wurde das gegen den Staat gerichtete anti-staatliche Denken Ende der 1990er Jahre dann aber durch Globalisierungstheorien gerettet, die besagten, dass Staaten in einer globalen Wirtschaft wirkungslos seien. In den 2000er Jahren wurde dann die Fackel an das Empire weitergegeben, indem behauptet wurde, Staaten seien unbedeutende Kräfte gegen die imperiale oder hegemoniale Macht eines von ihnen. Viele sehen die letzten 30 Jahre als eine einzige neoliberale Periode mit drei unterschiedlichen Ideologien. Die beiden Letzteren unterschieden sich jedoch signifikant von der ersten. Der Neoliberalismus versuchte lediglich, ein besseres Rezept für nationales Wirtschaftswachstum zu bieten, indem er die vorherrschende staatliche Wirtschaftspolitik für das langsame Wachstum der 70er Jahre verantwortlich machte. Er war Teil dessen, was Hobsbawm (1994) das „kurze 20. Jahrhundert“ (von 1914 bis 1989) nannte, in dem die Parameter der Wirtschaftspolitik national blieben. Globalisierung und Empire waren dagegen weltoffene Ideologien. Obwohl sie natürlich Vorschriften für die staatliche Wirtschaftspolitik enthielten, gaben sie sich in erster Linie als Darstellungen der Weltordnung aus – wahrlich, sogar als deren Theorien.

Mein Hintergrund und meine intellektuelle Entwicklung hatten mich gegen die kosmopolitischen Verlockungen der Globalisierung geimpft. Als sozialwissenschaftliche Theorie hatte sie ohnehin eher wenige Befürworter (siehe jedoch Ohmae, 1990). Stattdessen gab es viele „Realisten“: Politiker wie Blair oder Clinton und Intellektuelle wie Giddens oder Stiglitz argumentierten, die Globalisierung sei real, mächtig und nicht aufzuhalten. Sie etablierten die Globalisierung als eine Bewertung der Dynamik der Weltordnung wie jede andere. Die Anti-Globalisierungsbewegung trug paradoxerweise zur Glaubwürdigkeit dieser Argumente bei, indem sie die Realität der Globalisierung akzeptierte und nur ihre Form ändern wollte. Meine Ansichten passten wiederum zu denen der entschlossenen Gruppe von Skeptikern (vor allem Hirst, Thompson and Bromley, 1996/2009; Wade, 1996b; Weiss, 1998), die akribisch Fakten, Argumente und Statistiken zusammenstellten, um zu zeigen, dass keine Behauptung über die Globalisierung – über Wachstum, Handel, Investitionen, Finanzen, Migration, Technologie, Ungleichheit oder Armut und vor allem über die Irrelevanz des Staates – überzeugend war.

Das wäre eigentlich das Ende gewesen, wenn die Globalisierung wirklich eine sozialwissenschaftliche Theorie gewesen wäre, die hätte widerlegt werden können. Stattdessen veranlasste die skeptische Kritik führende Globalisierungstheoretiker dazu, sie auf ein neues, „transformatorisches“ Terrain zu führen (Held et al., 1999). Auf diesem wurden die Behauptungen über die Globalisierung dann wirklich vieldeutig: Globalisierung war nicht die, sondern nur eine „zentrale Antriebskraft in der Welt“, die zwar „eng mit Transformationen oder Rekonstituierungen der Kräfte des modernen Nationalstaates verknüpft war, aber sicherlich nicht ihr einziger Grund“ (Held et al., 1999: 436, Übersetzung aus dem Englischen). Darüber hinaus handele es sich um einen „im Wesentlichen kontingenten historischen Prozess voller Widersprüche“, dessen Hauptdarsteller „keine Prognosen über ihren zukünftigen Verlauf“ machten und stattdessen eine „dynamische und offene“ Analyse forderten. Der Globalisierung seien „Widersprüche eingeschrieben“ und sie sei „maßgeblich durch konjunkturelle Faktoren geprägt“. Trotzdem sei sie „eine Idee, deren Zeit gekommen ist“ (Held et al., 1999: 7).

Auf diesem transformatorischen Terrain konnte sich der Diskurs über die Globalisierung ohne zwingende Beweise oder Logik ausdehnen und tat es auch. Wie einer der seltenen aufmerksamen Analytiker aufdeckte, war die Globalisierung auf einmal sowohl zum explanandum als auch zum explanans geworden, also zu etwas, was der Erklärung bedurfte, und zugleich zur Erklärung selbst (Rosenberg, 2000). Anstatt eine intellektuelle Gültigkeit oder Konsistenz herzustellen, untermauerte die schiere Menge an Schriften von Wissenschaftlern, Journalisten, Strategen und Politikern, die jetzt über die zahlreichen Details der Globalisierung debattierten, die diffuse Überzeugung, die sich Ende der 1990er Jahre im öffentlichen Diskurs verhärtete: dass das, was als Globalisierung bezeichnet wurde, wirklich irgendwie wahr war. Inmitten dieses Patts zwischen der Gültigkeit der skeptischen Argumente und der Unbeständigkeit des transformationalistischen Diskurses erkannte ich, dass die starken Argumente der Skeptiker vor allem eine wichtige Frage aufwarfen: Wenn Globalisierung nicht das war, was sie vorgab zu sein, was war sie dann? Was hatte den Diskurs ausgelöst und ihm Kraft gegeben?

Diese Frage brachte mich auf den Weg, der zu diesem Buch führte. Peter Gowans *The Global Gamble* (1999a) und Michael Hudsons schon viel früher verfasstes Werk *Super Imperialism* (1972) lieferten einen soliden Anfang. In ihrer an den Akteuren orientierten Perspektive waren die Konstituierung

und Entwicklung der Weltordnung die vektorielle Summe der Handlungen mächtiger Staaten, allen voran derjenigen der Vereinigten Staaten von Amerika. Sie waren außerdem dialektische Beschreibungen: Selbst die mächtigsten Staaten konnten an der Erreichung ihrer Ziele durch andere Staaten gehindert werden, trotz deren geringerer Macht. Gowan's Identifizierung der Globalisierung als eine Form US-amerikanischer Regierungsstrategie, vor allem als eine der Clinton-Regierung – den Untertitel seines Buches nannte er treffend „Washington's Faustian bid for world dominance“ –, brachte ihm bald einige Mitstreiter ein. Als Clinton das Amt verließ, wurde er als „Globalisierungspräsident“ (Foreign Policy in Focus, 2000) gefeiert und die „imperiale“ Präsidentschaft seines Nachfolgers veranlasste viele, die beiden Regierungsstile zu vergleichen. Giovanni Arrighi zum Beispiel hinterfragte den „seltsamen Tod des Globalisierungsprojekts“:

For all its free-market rhetoric, the Bush Administration was never as enthusiastic as the Clinton Administration about the process of multilateral liberalisation of trade and capital movements that constituted the central institutional aspect of so-called globalization. Indeed, the word ‚globalization‘ has rarely, if ever, cropped up in Bush's speeches. According to a senior presidential aide, the word ‚makes him uncomfortable‘. Speaking of the December 2002 tariffs on imported steel, under threat of \$2.3 billion in retaliatory sanctions, the aide explained that the White House ‚thinks what went wrong in the 90s is that we forgot to put American interests first. So globalisation sounds like the creation of a lot of rules that may restrict the president's choices, that dilute American influence.‘

(Arrighi, 2005b: 62; vgl. auch Bacevich, 2002: 72–3; Mann, 2004: xvi; Johnson, 2004: 255)<sup>2</sup>

- 2 Übersetzung: Trotz all ihrer Freihandelsrhetorik war die Bush-Regierung nie so begeistert wie die Clinton-Regierung von dem Prozess der multilateralen Liberalisierung des Handels und des Kapitalverkehrs, die den zentralen institutionellen Aspekt der sogenannten Globalisierung bildete. Tatsächlich tauchte das Wort „Globalisierung“ in Bush's Reden selten oder gar nicht auf, laut einem hochrangigen Berater des Präsidenten war das Wort sogar „unangenehm“ für ihn. In Bezug auf die Zolltarife für Importstahl, die im Dezember 2002 trotz einer Androhung von Vergeltungssanktionen in Höhe von 2,3 Milliarden US-Dollar von Bush erhoben wurden, erklärte der Berater, dass das Weiße Haus glaubt, „dass man während der Probleme in den 90er Jahren vergessen hatte, die



Diese Gegensätze negierten auch die transformatorischen Versuche, die Globalisierung als jahrzehnte-, wenn nicht sogar jahrhunderte- oder jahrtausendealt darzustellen und ihr einen langen wissenschaftlichen Stammbaum zu geben. Tatsächlich ist das Wort „Globalisierung“ erstmals erst in den späten 1990er Jahren aufgetaucht und auch erst seitdem wurde mehr und mehr darüber geschrieben und veröffentlicht (Therborn, 2001; Fine, 2004). Wie Kapitel 7 aufzeigt, war das der Moment, als die Clinton-Regierung anfangs dem Wort den eindeutigen Bedeutungszusammenhang zu geben, mit dem es in den späten 1990er Jahren den öffentlichen Diskurs dominieren würde.

Nachrufe auf die Globalisierung tauchten wiederum erstmals in den jungen Jahren des neuen Jahrhunderts auf und verbanden typischerweise das Ende der Globalisierung mit den Ereignissen des 11. September 2001 (Ferguson, 2005; Economist, 2001a). Natürlich hatten zu dieser Zeit so viele Wissenschaftler so viel akademische Glaubwürdigkeit in die Idee der Globalisierung investiert, dass das Schreiben darüber kaum über Nacht aufhören konnte. Aber es ebte definitiv ab (Fine, 2004) und es gab eine ausgeprägte neue Stimmung. Die Globalisierung wurde nicht nur durch das Konzept des Empire ersetzt, sondern die Aussagen über sie wurden noch qualifizierter, vorsichtiger und unbestimmter. Martin Wolf, der lange behauptet hatte, die Globalisierung sei nicht nur real und wünschenswert, sondern auch mehr oder weniger unvermeidlich, argumentierte in *Why Globalization Works* (2004), dass ihr eine Chance gegeben werden müsse. Die Globalisierung war von einem unaufhaltsamen Moloch zu einer empfindlichen Pflanze herabgestuft worden, die sorgfältiger Pflege bedurfte.

Es war dieser Kontext, der mich veranlasste, mit dem Schreiben eines Buches über Globalisierung als US-amerikanische Strategie der Weltherrschaft zu beginnen. Es sollte eine wichtige Lücke im Verständnis schließen, denn Hudsons Forschung endete in den frühen 1970er Jahren. Gowans Werk wiederum kam zu früh, wenn auch nur ein wenig zu früh: Er schrieb unmittelbar nach der Finanzkrise in Asien und identifizierte sie als den Gipfelpunkt der Globalisierung. Ich allerdings fand heraus, dass durch die Rücklenkung der Kapitalströme in die USA diese Krise nur die Grundlage für einen noch

amerikanischen Interessen an die erste Stelle zu setzen. Die Globalisierung klingt also wie die Schaffung vieler Regeln, die die Entscheidungen des Präsidenten einschränken und den Einfluss der US verwässern können.“

spektakulärerem Höhepunkt geschaffen hatte, nämlich für das Platzen der Dot-Com-Blase, deren Folgen die wirtschaftlichen Strategien der USA unter Bush Jr. bestimmten. Spätere Publikationen wiederum machten nur Randbemerkungen, wenn auch für mein Empfinden zumindest sehr suggestive. Darüber hinaus sollte mein Buch auch die Globalisierung in einer systematischen Theorie der kapitalistischen Weltordnung und ihrer Entwicklung berücksichtigen.

Ich ging am Anfang davon aus, dass die HST diese Theoretisierung liefern würde. Schließlich konzentriert sich die HST auf Weltwirtschaft und zeigt, wie mächtige Staaten – Großbritannien vor 1914 und die Vereinigten Staaten nach 1945 – ihre produktive Expansion organisierten. Die sehr gelehrte und bekennd marxistische „world systems“ (WS)-Variante der HST dehnt sogar die Abfolge der „Hegemonien“ bis in die Niederlande des 17. Jahrhunderts und in die italienischen Stadtstaaten des 16. Jahrhunderts aus. Darum ging ich ursprünglich davon aus, dass die USA in den 1950er und 1960er Jahren hegemonial waren. Weitere Untersuchungen der historischen Aufzeichnungen unterminierten jedoch solche Annahmen. Und das bedeutete, dass obwohl die HST, einschließlich ihrer ausführlichen WS-Variante, formuliert worden war, um eben genau den US-amerikanischen Fall zu verstehen, dieser Fall davon abwich. Schlimmer noch, die Idee der Hegemonien erwies sich als aus den langjährigen imperialen Ambitionen der US-amerikanischen politischen Klassen heraus entstanden.

Diese Erkenntnisse vertieften und erweiterten mein Projekt. Die geplante ironische Darstellung der Globalisierung konnte nicht länger auf der HST basieren, sondern sie musste sie und ihren Epigonen, das ‚Empire‘, in einer umfassenderen Darstellung der Entwicklung der Weltordnung und der sich entwickelnden Positionen, Praktiken und Ideologien der Vereinigten Staaten aufgreifen. Dies war produktiv, da ich so nun die Diskussion abrunden konnte, indem ich ebenfalls über das Empire diskutieren konnte – über die Glaubwürdigkeit, die dieses von der HST erhielt, und seine gefährlich widersprüchliche politische Ökonomie, die die Finanzialisierung zu neuen Höhen aufsteigen ließ. In Anbetracht der Tatsache, dass Forschung über das Empire und die Finanzialisierung meist in unterschiedlichen Bereichen zu finden ist, war dieser Zusammenhang betonungswürdig. Die Befürworter des Empire feierten dies natürlich und forderten die Vereinigten Staaten auf, ihrer imperialen Verantwortung gerecht zu werden (Ferguson 2004; Maier 2006; Ignatie

2003), während Realisten es als eine hartnäckige und stabile Realität betrachteten (Panitch und Gindin 2004). Sogar seine Gegner, die seine Widersprüche und zweifelhaften Zwecke offenlegten (Bacevich, 2002; Harvey, 2003; Johnson, 2004; Mann, 2003), konzentrierten sich hauptsächlich auf militärische Aspekte und auf die Frage der US-amerikanischen Defizite. Obwohl diese nicht unerheblich waren (Arrighi, 2005a, 2005b), war die Finanzialisierung meines Erachtens nach entscheidend für ein korrektes Verständnis der Globalisierung, des Empire und der Rolle des Dollars in der Welt.

Auf der Suche nach einem geeigneten neuen theoretischen Rahmen wandte ich mich der UCD zu. Im Nachhinein betrachtet war dies Schicksal. UCD hatte den Bolschewiki eine Erklärung ihrer historisch wichtigen Revolution gegen den Kapitalismus und den Imperialismus geliefert. Sie war verbunden mit den zeitgenössischen klassischen Theorien des Imperialismus und war in Marx und Engels verwurzelt. Darüber hinaus wurde sie Teil des weiteren Ausbaus des UCD im zwanzigsten Jahrhundert. Als stärkste Form der kombinierten Entwicklung sollte der Kommunismus, ob nun der der UdSSR bis in die 1990er Jahre oder der der heutigen Volksrepublik China, die Möglichkeiten anderer Staaten, die eine kombinierte Entwicklung unterstützen, grundsätzlich erweitern, egal ob diese in einem kapitalistischen, einem kommunistischen oder in einem größeren anti-imperialistischen Kontext verankert waren. Die UCD und die klassischen Theorien des Imperialismus waren die ersten Theorien der modernen kapitalistischen internationalen Beziehungen, nicht der Wilsonsche Idealismus oder der Realismus, der ihn ablöste – wie es Studierenden der Internationalen Beziehungen (IR) normalerweise gelehrt wird. Geopolitische Ökonomie nimmt beides als theoretischen Ausgangspunkt.

Ich begegnete der UCD wie einem raffinierte Maschinenteil, das von denjenigen, die es geerbt, aber nicht begriffen hatten, zu Unrecht zur Seite gelegt worden war. UCD lag unter mehreren Schichten sedimentierter Fehlinterpretationen verborgen und teilweiser Wertschätzung, die über die Jahrzehnte hinweg von unterschiedlichen intellektuellen Trends und Launen geprägt worden waren. Nur Teile, die weiterhin angewandt wurden, waren noch sichtbar. Es gab zum Beispiel ein Verständnis der russischen Revolution, das manchen dazu diente, die Möglichkeiten des Kommunismus in den Entwicklungsländern zu verstehen (z. B. Löwy, 1981). Und es gab den Begriff der Ungleichheit, mit dem andere die Ungleichheiten des Kapitalismus betonten

(z. B. Smith, 1990). Beide vernachlässigten die zahlreichen Fälle der kombinierten kapitalistischen Entwicklung, die ihr Alter bezeugen, und so wurde in den 1970er Jahren UCD zum Gebiet weitgehend nicht-marxistischer Autoren, die über Entwicklungsstaaten schrieben (z. B. Deyo, 1987; Wade, 1990; Berger and Dore, 1996; Amsden, 1992; Woo-Cumings, 1999). Als ich UCD aus diesem Sumpf zog, wurde die Basis in Marx' und Engels' Schriften sichtbar. UCD zu klären und auf den neuesten Stand zu bringen, sodass es wieder Erklärungen für Entwicklungen im späten 20. und frühen 21. Jahrhundert liefern konnte, erforderte, es mit sorgfältig ausgewählten modernen Ansätzen zu kombinieren – mit Keynes, Polanyi, mit weitgehend nicht-marxistischer Entwicklungsstaatsliteratur und mit Robert Brenners Wirtschaftsgeschichte.

Der wiederhergestellte theoretische Begriffsapparat der UCD geht nicht nur davon aus, dass Staaten in der je eigenen politischen Ökonomie und in der geopolitischen Ökonomie eine ökonomische Rolle spielen, um die Widersprüche ihres Kapitalismus zu bewältigen, sondern auch, dass es eine Dialektik zwischen Ungleichheit und kombinierter Entwicklung gibt. Die Entfaltung der UCD hat die kapitalistische Weltordnung durch verschiedene historische Phasen geführt. Die Phase der Dominanz des Vereinigten Königreichs wurde abgelöst durch den verflochtenen industriellen und imperialen Wettbewerb zwischen dem Vereinigten Königreich und den Herausfordererstaaten, vor allem den Vereinigten Staaten, Deutschland und Japan, die im Ersten Weltkrieg ihren Höhepunkt erreicht hatten und die Russische Revolution hervorbrachten. In der folgenden Phase kam der real existierende Kommunismus als eine Form der kombinierten Entwicklung zu den üblichen kapitalistischen Formen hinzu, und seine mächtige antiimperialistische Stoßrichtung erweiterte den geopolitisch-ökonomischen Raum für eine kombinierte Entwicklung, wahlweise kapitalistischer oder kommunistischer Art. Wenn man sowohl den Kommunismus als auch den nationalen Entwicklungskapitalismus als Formen einer solchen kombinierten Entwicklung sieht, kann man leichter erkennen, warum so viele kritische Forscher darauf bestehen, dass beide Ziele des Kalten Krieges der USA waren: Es war mehr eine Praxis zur Aufrechterhaltung der Ungleichheit des Kapitalismus als ein ideologischer Kreuzzug (Block, 1977: 10; Van der Pijl, 2006a: 14, 30).

Die Entfaltung der UCD ist nicht ohne die Auswirkungen auf das Vorschreiten unvermeidlicher nationaler Klassenkämpfe zu verstehen: Ungleichmäßigkeit tendiert dazu, die kapitalistischen und besitzenden Klassen

besonders in imperialen Zentren zu stärken, während die kombinierte Entwicklung allgemein die Arbeiterklasse und die Volkssektoren stärkt. In der Nachkriegsphase der UCD zum Beispiel sorgte die sowjetische Macht nicht nur für Entkolonialisierung und unterstützte die kombinierte Entwicklung in den neuen unabhängigen Staaten, sondern sie ermöglichte auch eine historische Entwicklung in den nationalen politischen Ökonomien der fortgeschrittenen Industriemächte. Die Befreiung der Arbeiterklasse hatte bereits zu Beginn des 20. Jahrhunderts die hohe Arbeitslosigkeit politisch unerträglich gemacht und die Staaten noch stärker in die Wirtschaftsführung eingebunden. Jetzt führten die Forderungen der Arbeiterklasse zu höheren Löhnen. Inländische Märkte wurden gestärkt und so zu einem zeitnahen Ersatz für den Verlust der Kolonialmächte. Sobald diese Märkte gesättigt waren, erlebte die geopolitische Ökonomie des zwanzigsten Jahrhunderts jedoch, wie sich die Logik der UCD als ein Kampf um begrenzte Märkte entfaltete; diesen hat bereits Brenner (1998, 2002, 2006, 2009) lebendig rekonstruiert.

Nach dem Bruch mit der vergleichenden politischen Ökonomie und dem Verzicht auf die HST zugunsten der UCD folgten schnell drei weitere Brüche – die internationale (später globale) politische Ökonomie (IPE), die marxistische Ökonomie und die aufkommenden marxistischen Internationalen Beziehungen. Dies geschah aus einem entscheidenden Grund: Diese Denkrichtungen waren alle Kreaturen der „Ökonomie“. Lassen Sie mich dies erläutern.

Die neoklassische Ökonomie wurde nicht zuletzt nach der Krise von 2008 stark kritisiert. All diese Kritik ist jedoch unvollständig, wenn sie nicht anerkennt, dass die Disziplin Ende des 19. Jahrhunderts entstanden ist, weil Marx und Engels die klassische politische Ökonomie zu einer ungeeigneten Legitimationsquelle für den Kapitalismus gemacht hatten. Tatsächlich war diese sogar schon vor Marx' und Engels' Intervention alles andere als ideal und es waren zwei Fiktionen notwendig, um sie aufrechtzuerhalten: Says Gesetz schloss Überproduktionskrisen aus und negierte somit die Notwendigkeit einer Überproduktion für koloniale Märkte und den als natürlich angesehenen komparativen Kostenvorteil der imperialen Arbeitsteilung zwischen den industriellen Mutterländern und den landwirtschaftlichen Kolonien, die aus dieser Notwendigkeit hervorging. Und genau dann, als diese in Ricardos Schriften zusammengefasst wurden, nahm Marx das Gesetz von Say auseinander, während er den komparativen Kostenvorteil auf wenig beachtete, aber signifikant wichtige Weise hinterfragte. Er deckte auch die Widersprüche und

Grenzen der politischen Ökonomie auf, um daraus ein Werkzeug für die arbeitenden Klassen zu machen, die damit den Sozialismus und den Antimperialismus rechtfertigen konnten. Jetzt mussten die bürgerlichen Denker einen völlig neuen Weg finden, um den Kapitalismus zu legitimieren. Das Ergebnis war eine neoklassische, marginalistische Gleichgewichtsökonomie, die über Marx und Engels bis hin zu Ricardo reichte und den komparativen Vorteil aus Says Gesetz zum Kernbestand machte.

Die neoklassische Ökonomie beruhte auf zwei entscheidenden Substitutionen: Der Fokus der klassischen politischen Ökonomie auf Geschichte, Konflikte und Krisen wurde durch den Fokus auf Gleichgewicht ersetzt; ihre arbeitsorientierte Theorie des Werts (im Gegensatz zum Preis) und Marx' Entdeckung des Ursprungs des Mehrwerts wurden durch eine Preistheorie, die sich aus subjektiven Präferenzen auf den Märkten zusammensetzt, ersetzt. Die erste Substitution kreierte eine ahistorische und statische „Sozialwissenschaft“, oftmals verfasst im Präsens (politische Parteien machen dies, Inflation macht das), in der Gesellschaften sich nicht grundlegend verändern, schon gar nicht, weil sie endogene Krisen hervorrufen. Die zweite Substitution konzentrierte sich nur auf die Ökonomie in Märkten, jenseits von Produktion, Klassen und Klassenkämpfen. Solch eine Ökonomie, die in einer neuen sozialwissenschaftlichen Arbeitsteilung von den anderen Sozialwissenschaften getrennt und ihnen gegenüber privilegiert war, erforderte kein Verständnis von Politik, Recht und Gesellschaft. Ihr Kapitalismus war aus dem gleichen Grund somit rein ökonomisch und wirtschaftlich kosmopolitisch: Staaten spielten ökonomisch keine Rolle. Es wurde ein nahtlos globales System beschrieben, dessen Unterteilung in eine zunehmende Vielfalt von Staaten inkonsequent war. Ein solches Konzept des Kapitalismus könnte zwar die Ungerechtigkeit und Anarchie des Kapitalismus entlarven, jedoch nur auf Kosten eines richtigen Verständnisses desselben. Diese „Ökonomie“ bildete die Grundlage der IPE, der marxistischen Ökonomie und der marxistischen Internationalen Beziehungen, die in den letzten Jahrzehnten entstanden sind.

Die Pioniere der IPE gründeten die Disziplin um 1970, weil die getrennten Disziplinen der internationalen Wirtschaft und der internationalen Politik die Komplexität der wachsenden internationalen wirtschaftlichen Schwierigkeiten, die sich aus den Schwierigkeiten des Dollars ergaben, nicht erfassen konnten. Der Name könnte jedoch für jeden irreführend sein, der erwartet hatte, dass die neue Disziplin auf die Tradition der klassischen politischen

Ökonomie zurückgreifen würde: Dies war nicht möglich, es sei denn, die Pioniere des IPE waren gewillt, ihre bürgerlichen und US-zentrierten Positionen aufzugeben. Schlimmer noch: Trotz aller Emphase, internationale Wirtschaft mit internationaler Politik zu verbinden, wurde IPE aufgrund der höheren Stellung der Wirtschaft in der sozialwissenschaftlichen Arbeitsteilung immer häufiger zu einer Übung in der „Politik der Ökonomie“. Deren Verzerrungen blieben unbestritten und führten beispielsweise zu Klagen darüber, wie „Sonderinteressen“ den axiomatisch überlegenen freien Handel und die Vereinbarungen über den freien Markt beeinträchtigt hätten, statt Forschung über die miteinander verflochtenen nationalen und klassenspezifischen Interessen im Handel zu betreiben. Die Beschränkungen der Ökonomie haben, wie wir sehen werden, außerdem dazu geführt, dass die Hauptvertreter der IPE zu einem leichtgläubigen Publikum für eine Reihe von Diskursen über die US-amerikanische Macht wurden, nicht zuletzt für die HST und Globalisierungs- und Empire-Theorien beziehungsweise deren spezifische theoretische Begleiterscheinungen – die Hypothese der internationalen Finanzintermediation (IFIH), die „new economy“, das Produktivitätswunder, die Gefahr der Deflation, die große Mäßigung und die globale Sparschwemme. All dies wurde von einflussreichen Quellen verbreitet, während die US-Regierungen immer unglaubwürdigere und instabilere Maßnahmen ergriffen, um die Weltrolle des Dollars aufrechtzuerhalten.

Es war vielleicht zu erwarten, dass der Marxismus, nachdem er den Kalten Krieg überlebt hatte, zusammen mit dem McCarthyismus und anderen gegen ihn gerichteten kapitalistischen Kampagnen, sich gegen diese Diskurse richten würde – zumindest als eine abweichende Tradition im akademischen Feld, wenn nicht als politisch relevante Kraft. Er war ja immerhin der Nachlassverwalter der klassischen politischen Ökonomie. Aber auch er versagte. Seit dem frühen zwanzigsten Jahrhundert haben sich mehr und mehr Marxisten kulturellen und philosophischen Strömungen zugewandt (Anderson, 1976, 1983), während die kleine Gruppe derer, die sich mit Marx' Kritik am Kapitalismus und der politischen Ökonomie befassten, zu „Ökonomen“ ausgebildet wurden. Sie trieben das trojanische Pferd der neoklassischen Ökonomie in die marxistische Zitadelle und versuchten, die politökonomische Kritik von Marx trotz der grundlegenden theoretischen, methodischen und politischen Gegensätze zwischen beiden in ihren methodischen Rahmen zu integrieren (Clarke, 1991). Die daraus resultierende „marxistische Ökonomie“

lehnte die Werttheorie (und damit den Mehrwert von Marx) auf der Grundlage angeblicher Inkonsistenzen und des angeblichen „Transformationsproblems“ ab (Kliman, 2007; Freeman, Kliman and Wells, 2004; Desai, 2010a). Sie nahm außerdem die in der neoklassischen Theorie begründete rein ökonomische Auffassung eines mehr oder weniger krisenfreien Kapitalismus an. Marx' Ansicht, der Kapitalismus leide unter einer Nachfrageschwäche und einem tendenziellen Fall der Profitrate (TRPF), wurde verworfen (Freeman, 2010). Solche marxistischen Ökonomen verschwendeten keine Zeit mit den klassischen Theorien des Imperialismus: Staaten spielten für sie darin eine zu große Rolle. Es ist daher nicht überraschend, dass die wichtigste Ressource beim Wiederaufbau der geopolitischen Ökonomie in den letzten Jahrzehnten nicht die Arbeit eines marxistischen „Ökonomen“ war, sondern Brenners marxistische Wirtschaftsgeschichte über den Nachkriegskapitalismus.

Als schließlich eine spezifisch marxistische Ausprägung der internationalen Beziehungen (IR) in den 1990er Jahren aufkam, war diese so vollständig ein Geschöpf der rein ökonomischen und kosmopolitischen Darstellung des Kapitalismus, dass sie damit begann, sich gegen den vorherrschenden, auf den Staat fokussierten, realistischen Ansatz in den IR zu positionieren (Rosenberg, 1994, siehe Desai 2010c für eine umfassendere Kritik). Spätere Vertreter der marxistischen IR haben versucht, der Politik und sogar der UCD einen größeren theoretischen Raum zu geben (z.B. Teschke, 2003; Van der Pijl, 2006a; Callinicos, 2009). Wie wir jedoch sehen werden, lassen sie entweder die ökonomisch-kosmopolitische Konzeption durch die theoretische Hintertür herein und/oder sie betonen die Ungleichheiten des Kapitalismus ausschließlich in einem nicht-dialektischen Kalkül, das keinen Raum für die kombinierte Entwicklung lässt.

Obwohl sich auch der Begriff der geopolitischen Ökonomie im Zusammenwirken mit der vergleichenden politischen Ökonomie, HST, IPE, der marxistischen Ökonomie und der marxistischen IR herausgebildet hat, steht er doch jenseits dieser fünf Denkrichtungen. Im Gegensatz zur vergleichenden politischen Ökonomie konzentriert sich geopolitische Ökonomie auf die weltweite Ebene. Anders als WS oder HST, welche die einseitige Dominanz hervorheben, stellt die geopolitische Ökonomie die Auseinandersetzung in den Mittelpunkt. Anders als IPE greift die geopolitische Ökonomie zurück auf die klassische politische Ökonomie und von dort auf Kritiker der neoklassischen Ökonomie, um die ökonomische Rolle der Staaten in den Vordergrund zu



rücken. Im Gegensatz zur marxistischen Ökonomie greift die geopolitische Ökonomie Marx und den klassischen Marxismus wieder auf, um zu zeigen, dass der Kapitalismus für endogene Krisen anfällig ist und dass der Imperialismus ein Weg war, wie mit diesen historisch umgegangen wurde. Und anders als bei den neueren marxistischen Internationalen Beziehungen, spricht die geopolitische Ökonomie Staaten entscheidende wirtschaftliche Rollen zu, sowohl bei der Schaffung von Ungleichheiten als auch bei der Förderung der kombinierten Entwicklung.

Die Distanz, die somit zwischen diesen Denkrichtungen und dem hier vorliegenden Projekt liegt, negiert jedoch nicht deren Beitrag zu meinem Verständnis oder denjenigen von Gelehrten, die ich auf diesen Seiten teils scharf kritisiere. Im Gegenteil, ich schätze sie umso mehr, wie Marx Adam Smith, den er sehr respektierte, weil die „Widersprüche [eines Gelehrten] von Bedeutung sind, weil sie Probleme enthalten, die er zwar in Wahrheit nicht löst, die er aber aufdeckt, indem er sich selbst widerspricht“ (Marx, 1969: 151).

Dieses Buch ist nur ein Anfang und es hat Fehler, die ich mir bereits jetzt eingestehe. Der auffälligste ist, dass es ironischerweise für ein Buch, das die Behauptung einer US-Hegemonie infrage stellt, peinlich US-fokussiert ist. Die Herausfordererstaaten, deren kombinierte Entwicklung jegliche Versuche der USA die britische Weltherrschaft vor 1914 nachzuahmen, besiegelte – die eigentlichen Hamlets einer vollständigen Darstellung der geopolitischen Ökonomie des Kapitalismus –, bleiben weitgehend im Hintergrund und erscheinen nur gelegentlich, so wie Rosencrantz und Guildenstern, „to swell a progress, start a scene or two“, um es mit T. S. Eliots denkwürdigen Worten zu sagen. Die schiere Menge an Missverständnissen über die Rolle der USA in der Welt, die das Buch angehen muss, bedeutet gleichzeitig, dass die umfassenden Abhandlungen, die diese Herausfordererstaaten eigentlich verdienen, erst in anderen Arbeiten angegangen werden können, die dann auf die Geopolitische Ökonomie aufbauen. Im vorliegenden Buch nehmen diese zahlreichen Fälle der kombinierten Entwicklung nur dann Gestalt an und tauchen auf, wenn diese, nach meinem Erachten, unumstritten und minimal sind. Ein weiterer Fehler ist ein größeres Maß an Selbstzitiering als normalerweise notwendig. Dies ist ein weiterer Hinweis auf die Dauer und Schwierigkeit der intellektuellen Reise, die in diesem Buch endete, da ich einige Artikel zu besonders verzwickten Themen geschrieben habe, die für den weiteren Fortschritt des Buches notwendig waren, aber nicht unbedingt dazu gehören.